Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 16 (1948-1949)
Heft: 6

Artikel: Von de Gaulle zu Thorez
Autor: Noël, André
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759525

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VON DE GAULLE ZU THOREZ

VON ANDRÉ NOËL

Entmutigt durch unsere Dauerkrisen, glauben jetzt im Herbst 1948 auch unsere besten Freunde, daß die gegenwärtige Regierungsformel der Dritten Kraft — um eine Vokabel zu gebrauchen, die bleiben wird — zu schwach zum Herrschen, verworfen von der öffentlichen Meinung, zum Verschwinden bestimmt ist.

Frankreich, denken sie, wird zwischen de Gaulle und dem Kommunismus zu wählen haben. Dieses Schlagwort ist gefährlich, denn es wird in dem Maße wahr, in dem die Franzosen es schließlich für wahr halten. Unzufrieden mit allem, vor allem mit der Regierung — eine chronisch krankhafte Unzufriedenheit, die im Moment dazu neigt, akut zu werden —, halten sie dieses Dilemma für unvermeidlich. Von einer Panik erfaßt, stürzen sie davon und vergrößern die Reihen der feindlichen Blöcke, zwischen denen nur eine Auseinandersetzung möglich ist: der Gewaltstreich oder der Bürgerkrieg.

In Wahrheit gehen sie aber blind in die Falle der kommunistischen Strategie. Denn die Alternative ist falsch. Wer de Gaulle wählt, wählt in Wahrheit mit einem Sechs-Monats-Wechsel die Kommunisten.

Nach welchem Plan arbeitet die Kominform in Frankreich?

Ohne Gefahr, sich zu irren, kann man erklären:

1. Den Marshall-Plan zum Scheitern bringen. Das ist, wie in ganz Westeuropa, das unmittelbare Ziel, dem man alles opfert, selbst die Scheinlogik der Doktrinen.

2. Die Macht ergreifen. Das ist ganz offen das wesentliche, permanente Endziel jeder kommunistischen Partei. Vorausgesetzt, daß sie es unmittelbar wahr machen könnte, würde sie mit dem gleichen Schlage Punkt Nr. 1 treffen. Der Mißerfolg des Marshall-Plans und das anschließende Elend Westeuropas würden den Weg zum kommunistischen Erfolg wechselseitig bereiten.

Das Problem für die kommunistischen Führer besteht also darin: welches Ziel können sie schneller und leichter erreichen? In Frankreich muß der Zusammenbruch des Marshall-Plans der Machteroberung vorausgehn. Daher kann die kommunistische Taktik nur die des Trojanischen Pferdes sein.

In Frankreich und in Rußland wissen die kommunistischen Führer sehr gut, was eine verfehlte Revolution kostet. Nach dem Zusammen-

bruch der Kommune von 1870 und der Unterdrückung, die folgte, wurde es dreißig Jahre dunkel um den Sozialismus.

Immer wenn seit 1917 eine totalitäre Partei die Macht ergriff, bediente sie sich einer breiten Koalition, deren vorwärtsdrängender Flügel sie selber war. Dieses Bündnis lieferte ihr, wie schwach sie selbst auch war, beim Start eine legale Majorität. So verfuhr Hitler 1933, so ergriffen die verschiedenen kommunistischen Parteien in Osteuropa die Macht.

Einmal in der Regierung, reißen ihre Vertrauensleute die Schlüsselstellungen an sich und schaffen teils in Geheim-, teils in Schauverfahren die schwächlichen Statisten beiseite. Dann geben sie ihrem Regime den Schein der Legitimität, mit Hilfe von Neuwahlen, in denen sie sich, teils durch Betrug, teils durch Einheitslisten, aber immer gestützt auf das Propagandamonopol, die Quasitotalität aller Wahlstimmen verschaffen. Nun haben sie freien Lauf: die politische Polizei; die Einheitspartei; die totalitären Jugendverbände; die Schauprozesse; die Konzentrationslager.

Diese Entwicklung ist sich überall gleich, ob bei Hitler (nach seiner Definition: Man muß die Artischocken blattweise verzehren) — oder bei Gottwald; nenne man es Volksfront oder Nationale Einheitsfront — es ist die ewig gleiche Taktik des Trojanischen Pferds.

Immerhin, sie hat sich seit dem Prager Staatsstreich vervollkommnet. Er machte die Rolle anschaulich, die Seite an Seite mit den von den Kommunisten mitgerissenen Koalitionsparteien die von ihnen beherrschten Gewerkschaften spielen.

Aber: die wesentliche Tatsache der französischen Politik von 1948 ist seit dem Wirken Ramadiers und dem ersten Kabinett Schuman die Isolierung der Kommunistischen Partei von der übrigen Nation, von der CGT (Confédération Générale du Travail), die machtlos ist, solange sie gespalten ist.

In dieser Lage kann die Kommunistische Partei nicht gewaltsam die Macht ergreifen. Die Voraussetzungen, die sich zum Erfolg des Angriffs als unerläßlich erwiesen haben, stehn heute nicht mehr zu ihrer Verfügung. Die Kommunistische Partei hat ihre Gelegenheit versäumt.

In den glänzenden und wirren Tagen der Befreiung waren freilich alle wesentlichen Bedingungen, an denen es heute fehlt, vereinigt. Die Popularität de Gaulles brachte das Komplott der Kommunisten zum Scheitern, aber gerechterweise muß man sagen, daß es allein seine Irrtümer und Unbesonnenheiten waren, die es ermöglicht hätten. Man muß allerdings auch sagen, daß de Gaulles damalige Berater, Sozialisten oder MRP, ihm gewöhnlich an Einsicht und Festigkeit überlegen waren.

Die Kommunistische Partei hatte von der Diskreditierung profi-

tiert, in die Vichy gefallen war und dabei zahlreiche Vorteile eingeheimst. Ihre Francs-tireurs-partisans und Milices Patriotiques — von denen viele erst nach dem Abzug der Deutschen zu den Waffen griffen — wußten sich den größten Teil des abgeworfenen Fallschirmmaterials anzueignen und maßen sich unverschämt das Monopol des Widerstands gegen die Besetzungsmacht an. Kommunistische Strohmänner bevölkerten die improvisierte Verwaltung in den ersten Septembertagen 1944. 40 Prozent aller Zeitungen waren dem Kommunismus ergeben; er hatte die Mehrheit in den Befreiungskomitees, die die Gemeinden verwalteten; und ein naiver Schwarm von Illuminaten, Typus Wallace: Schriftsteller, Geistliche, Soldaten, ebneten ihm unbewußt den Weg zur Macht.

Und doch betrachtete ihn, wie noch nie seit vielen Jahren, die öffentliche Meinung mit einem spontanen Haß. Sie erlebte die Befreiung unter Explosionen des Enthusiasmus, aber sie verabscheute die blutigen Exzesse, die sie nur zu oft befleckt hatten. Dafür machte sie die Kommunistische Partei verantwortlich.

Durch rapides Handeln hätte de Gaulle den kommunistischen Einfluß in Frankreich auf ein bescheidenes Maß herabsetzen können, bevor Presse, Radio, Film und das Wirken lokaler Behörden — aber auch der Terror — dem gewöhnlichen, normalen Vergessen nachgeholfen hätten. Unglücklicherweise hatte de Gaulle ganz andere Sorgen. Er hatte schon die kommunistische Unterstützung gebraucht, um mit Giraud fertig zu werden, als noch Algier Sitz der Regierung war. Er dachte, er könne sie noch für seine Außenpolitik gebrauchen, die er sich von seinen Launen diktieren ließ. Er erhob die Anglophobie zur Höhe eines Dogmas, und seine Ansichten über Roosevelt sind sattsam bekannt.

Er opferte entschlossen die französische Innenpolitik einer maßlosen und ungereimten Außenpolitik der Größe, die mit einer aufgeschwemmten und unbrauchbaren Armee Frankreich zum Schiedsrichter zwischen Ost und West machen sollte. Er trug seit dem November 1944 den westlichen Alliierten gegenüber einen beleidigenden Dünkel zur Schau, wandte sich Rußland zu, das er «chère et puissante» nannte und schloß mit der Sowjetunion seinen ersten Bündnisvertrag. Im gleichen Augenblick genehmigte er die Rückkehr des Kommunistenführers Maurice Thorèz nach Frankreich, des verurteilten Deserteurs von 1939.

Thorèz verpflichtete sich zum Lohn, seine Truppen zu entwaffnen. Eine illusorische Gegenleistung, denn die Parteimilitanten hoben die Waffen bei sich zu Hause auf oder stapelten sie in Geheimdepots. Moralisch war aber nun die Partei in der Person ihres Generalsekretärs ein zollfreier Importartikel geworden.

Im April 1945 entschieden die Gemeindewahlen, ziemlich unbeachtet vom Ausland, das französische Schicksal. Die Kommunisten verlangten das System der Einheitslisten, das in allen Ländern der Erde das Vorspiel zu ihrem Machtantritt bildet. Auf diese Weise gedachten sie die Befreiungskomitees legitim zu erneuern, in denen sie sich die Majorität in allen großen Städten gesichert hatten, unter dem Schutz der damaligen Verwirrung, und unter der Gunst des zweideutigen Front National.

Es war eine unglaubliche Verirrung, daß die Radikalsozialisten und die Rechte aus Furcht vor einer Wahlkatastrophe, wenn sie unter ihren eigenen Fahnen kämpften, sich dem kommunistischen Schlagwort der Unité nécessaire anschlossen.

De Gaulle schwankte. Wie immer; aber die Sozialisten hielten stand, ebenso die MRP. Dank ihren gemeinsamen Anstrengungen fanden die Wahlen nach demokratischen Spielregeln statt, die Staatsbürger behielten das Recht zu wählen.

Leider schlossen sich in vielen Gemeinden die extreme Rechte und und die Radikalsozialisten den Einheitslisten an, in denen die Kommunistische Partei dominierte. Die Mystik der Einheit über alles, die de Gaulle nicht öffentlich widerrufen hatte, führte dem Kommunismus viele schwankende Wähler zu. Viele andere hielt die Furcht von den Urnen zurück.

In den folgenden Wahlen verstanden es die Kommunisten, ihre Gewinne zu konsolidieren und die Stimmen zu behalten, die ihnen unbesonnene Alliierte für den Augenblick zugeführt hatten.

So bildeten denn auch 1945 die Kommunisten die stärkste Partei der Nationalversammlung. Hätten die Sozialisten einer Exklusiv-Allianz mit ihnen zugestimmt, so hätten sie die absolute Mehrheit in der ersten Konstituante gebildet.

Diese Gefahr verstärkte sich noch, als de Gaulle in einem plötzlichen Entschluß, den man bei einem Staatsmann schwer verstehen kann, am 19. Januar die Regierung plötzlich niederlegte. An diesem Tag, wie in den Stunden der Libération, wie in den Gemeindewahlen, waren die französischen Kommunisten nahe dran, das Staatssteuer zu erfassen, mit dessen Hilfe sie dann bald die totale Macht unvermeidlich an sich gerissen hätten.

Und noch einmal hätte ihnen de Gaulle, durch seine Politik unüberlegter Impulse und zynischer Menschenverachtung, den Weg zur Macht gebahnt.

Die Verirrungen dieses Führers, dessen Name ein Nimbus ist, wurden von zwei Männern wiedergutgemacht, deren Leistungen so untheatralisch als möglich sind. Ramadier, mit seinem Kinnbärtchen, Genre 1906, und mit seinen Redekünsten eines Conseiller Général;

Robert Schuman, der mit seiner Anlage zu einem Laienmönch und dem Aussehen eines biederen Buchhalters über einen Hauch beruhigender Stimme verfügt, die ein lothringischer Akzent kennzeichnet.

Die politische Kombination, die von den ersten Helfershelfern des Kommunismus — sie sind inzwischen zum anderen Extrem übergelaufen — mit dem Spitznamen Tripartismus verhöhnt oder verworfen wurde, war zunächst ein wenig glorioses, aber wirkungsvolles Hilfsmittel, die Kommunistische Partei so lange zu neutralisieren, als es schwierig schien, die Sozialisten im ganzen Lande vollständig von ihrer sogenannten Bruderpartei zu trennen. Aber sowie die Außenpolitik, und besonders die Bildung der Kominform die Verbindung der Kommunistischen Partei mit Moskau brutal zur Schau gestellt hatte, konnte Ramadier sie aus der Regierung entfernen und die Spaltung der CGT vorbereiten, die unter der Regierung Schuman vollendet wurde. Der Streik vom November 1947 führte zu einer Niederlage und zeigte, daß die isolierte Kommunistische Partei und die gespaltene CGT nicht mehr die Arbeiterklasse als Manövriermasse zu rein politischen Interessen verwenden konnten.

Heute, nach vier Jahren Rückschlägen und Niederlagen, wissen die Kommunisten sehr wohl, daß es ihnen nicht da glücken wird, wo es ihnen schon dreimal mißglückt ist: Viele ihrer Zeitungen sind eingegangen; sie sind von den übrigen Teilen des Parlaments und des Landes getrennt; Verwaltung und Armee haben Männer ihres Glaubens ausgemustert; die Arbeitermassen marschieren nicht mehr am Schnürchen wie einst; auch die militanten Kommunisten haben vielfach wenn nicht den Glauben, so doch die Glaubensglut verloren, mit der man allein Schlachten gewinnt.

Noch können die Kommunisten Teilstreiks provozieren, die Produktionskräfte verlangsamen, den Marshall-Plan in Einzelheiten sabotieren: aber all diese Mühe würde sie mehr Popularität kosten, als sie an Erfolgen gewinnen könnten.

Und wie die sektiererische extreme Rechte mit ihren naiven Anhängern, setzen auch die Kommunisten alle ihre Hoffnungen auf de Gaulle, sie rechnen in ihrem Machtkalkül auf seine Ungeschicklichkeiten, die ihnen schon dreimal fast den Weg zur Macht geöffnet hätten.

Nehmen wir an: der General herrscht. Er hat die Abmachungen von London mißbilligt und in einer offiziellen Kundmachung für unsere ganze Okkupationszone in Deutschland das System befürwortet, das wir im Saargebiet anzuwenden versuchen. Die ökonomische Angliederung dieses Gebietes hat uns schon 36 Milliarden gekostet. Welcher Ausgaben bedürfte es, um eine weniger reiche Zone zu ernähren, für die wir keine Dollars mehr bekämen? Aber der

General liebt es, ökonomische Zufälligkeiten mit eiserner Verachtung zu behandeln.

In seiner Rede von Saint-Etienne kam er auf die Marshall-Hilfe mit ein paar Sätzen zu sprechen. Mit souveräner Erhabenheit bewertete er sie als Schuldigkeit, nicht als Geschenk. In dieser Frage weicht seine Auffassung nicht nennenswert von der ab, die Jacques Duclos öffentlich bekannte.

Die Bedingungen des ERP setzen ein ausgeglichenes Budget voraus, und manche sehen in de Gaulle den Mann der starken Faust, der imstande sein wird, unser finanzielles Defizit zu unterdrücken. Aber die Minister von gestern — es sind die von morgen — haben in ihrer kurzen Regierungszeit das Beispiel der tollsten Verschwendungssucht gegeben. Während ihrer Herrschaft vermehrten sie die Zahl der Beamten um die beträchtliche Zahl ihrer Freunde. Sie haben Verwaltungen und Dienstzweige vervielfacht, hunderte Immobilien beschlagnahmt, sie scharten Soldaten ohne Waffen und unfähige Polizisten zusammen.

Gedeckt durch ein autokratisches Regime, werden sie morgen das gleiche Spiel wieder anfangen; es ist übrigens das bekannte Kennzeichen sogenannt autoritärer Regime, sich auf Legionen von Bürokraten und Polizisten zu stützen.

Alles in allem: Man mußte warten, bis General de Gaulle die Regierung niederlegte, dann konnte man damit beginnen, das Budgetdefizit herabzusetzen. Die Jahre, in denen er unkontrolliert regierte, sind die, in denen sich der Ruin unserer Finanzen vollzog.

Als de Gaulle am Vorabend der Oktoberwahlen die Einkaufskommissionen aufhob, die die großen Zentren verproviantieren, und dazu noch die Brotkarte — die drei Monate später wieder in Kraft gesetzt wurde —, hetzte er das Land in den Wettlauf der Inflation. Sie wurde provoziert durch die Hausse der unüberlegt freigegebenen Preise.

Seitdem sich der General schmollend zurückgezogen hat, machen sich seine Anhänger durch eine demagogische Propaganda bemerkbar, die in nichts hinter der kommunistischen zurückbleibt. Mehr als irgendwer haben sie dem französischen Volk eingeredet, es könne ohne Anstrengungen den breiten Lebensstandard der Vorkriegszeit wiedererlangen, ja sogar ohne Opfer und vermehrte Arbeit, durch eine bloße Verfassungsreform, vorausgesetzt, daß es sein Los dem Willen eines einzigen Mannes anvertraue, der immerhin noch nicht bewiesen hat, daß ihm die Kunst des Regierens bekannt ist.

Man sagt, General de Gaulle sei Anhänger eines geeinigten Europas. Vielleicht ist das wahr, wenn man unter dem Vereinigten Europa einen der französischen Hegemonie unterworfenen Kontinent ver-

steht. Eine solche Konzeption konnte vor hundert Jahren gefährlich erscheinen; heute ist sie einfach absurd.

Der Hochmut des Generals de Gaulle im Verkehr mit fremden Ländern; seine notorische Unfähigkeit in Fragen der politischen Oekonomie; seine isolierten Theorien über Deutschland; die Beutegier und die faschistischen Tendenzen seiner Umgebung hätten als erstes Resultat das Ende des Marshall-Plans. Frankreich würde sich vom Westen absondern wie Belgrad vom Osten. Die Kommunistische Partei hätte ihr erstes Kampfziel erreicht.

Aber die Rückkehr General de Gaulles zur Macht hätte noch einige ganz andere Folgen: Die Gewerkschaften würden sich wieder rings um die CGT gruppieren. Die Isolierung wäre zu Ende, die jetzt die Kommunistische Partei schwächt. In dieser Hinsicht gibt uns die Reaktion der Gewerkschaften auf das Finanzministerium Reynaud ein schwaches Abbild der Ereignisse am Tage, an dem de Gaulle seine Regierung bilden würde.

Die CGT fände an ihrer Seite wieder die CGTFO (Confédération Générale de la Troisième Force Ouvrière) und die CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) und sie würde durch ihre Explosivkraft und die Zahl ihrer Mitglieder beide beherrschen. Sämtliche Gewerkschaften würden sich der Regierung des Generals widersetzen, und, unbewußt oder auch nicht, die Taten «der» Partei sekundieren. Die Kampfkraft und der Einfluß der Kommunisten würde täglich größer werden. Alle Unzufriedenen, alle Berufsfrondeure, alle Hilfsbedürftigen, deren Zahl sich durch Aufhebung der Marshall-Hilfe schnell vergrößern würde, kämen zur «Partei», um ihre Reihen zu verlängern oder sich rings um sie zu einem Rassemblement populaire pour la défense de la République zusammenzuballen.

Frankreich erinnert oft an den Holzhauer in der La Fontaineschen Fabel: Gebeugt unter der Last seines Elends ruft er den Tod zu Hilfe; aber kaum sieht er ihn kommen, schickt er ihn hastig fort und sagt, er müsse ihn wohl schlecht verstanden haben.

Verwirrt durch das Uebermaß kritischen Verstandes, ruft auch das französische Volk oft nach einem Führer, weil es die Mängel eines parlamentarischen Systems vor Augen hat, das nicht funktioniert und oft bestechlich ist. Wenn aber die Diktatur erscheint, bemerkt es, daß sie die Laster der Demokratie vervielfacht aufnimmt, sie mit Heuchelei deckt und die Tyrannis hinzufügt.

Die Rechte hat niemals Frankreich lange beherrscht. Ihre seltenen, vergänglichen Erfolge wurden teuer bezahlt, sie hat immer zu einer Umgruppierung der Linken geführt, die die Rechte rapid hinausfegte.

Nun sagt man, daß im Parlament ein Teil der sozialistischen Deputierten insgeheim für den Gaullismus gewonnen ist. Das ist wahr,

gleichfalls aber sind noch mehr Deputierte bereit, sich mit den Kommunisten zu vereinigen oder sich mit «der» Partei im Rahmen einer umfassenderen Sammlung zu verbünden. Ihnen würden einige Radikale und gut fünfzig vom MRP folgen. Diese Addition ergibt eine parlamentarische Mehrheit. Möglicherweise ist sie heute nicht mehr das Abbild des Landes. Aber nach drei Monaten eines Regimes de Gaulle, einer Mischung von Polizeityrannei, außenpolitischer Isolierung und ökonomischer Unfähigkeit, würde sich eine dauernd wachsende Majorität von Franzosen um die Kommunistische Partei scharen, die der Mittelpunkt und der unbestrittene Führer einer neuen Résistance werden wird.

Wer garantiert uns aber dann, daß de Gaulle nicht eines Tages auf und davon geht, wie er 1946 davongegangen ist, und die Nachfolge Maurice Thorez überläßt?

Will sich de Gaulle aber an der Macht halten, dann wäre er gezwungen, gegen die öffentliche Meinung, gegen die Demokratie zu regieren, mit einer Polizei und einer Armee als Stütze, die beide weder zuverlässig noch ausreichend sind.

Frankreich könnte ein neues Griechenland oder ein neues Spanien werden — aber de Gaulle ist weit von der Geschicklichkeit Francos entfernt. Und Frankreich wäre für den Westen nur noch eine tote Last und ein Element der Schwäche.

Wie jede gut durchgearbeitete Strategie, hat die kommunistische eine Variante. Seit einiger Zeit sind die Kommunisten weniger aggressiv, und wenn sie auch weiter ihre Stimmzettel mit denen des RPF mischen, so verbergen sie doch ihr gar zu offenes Zusammenspiel durch ein ungestümes Auftreten im Parlament und im Lande. Ausgenommen natürlich, wenn sich die Parteiführer unvorsichtigerweise in der Hitze einer Versammlung von der Weißglut ihrer Anhänger überbieten lassen.

Kommen sie dagegen in den Wandelgängen der Kammer mit ihren parlamentarischen Kollegen zusammen, dann versuchen sie, ihnen die Notwendigkeit eines neuen Tripartismus zu beweisen, nämlich einer Regierung, in der die Kommunisten Seite an Seite mit Sozialisten und MRP zur Macht zurückgekehrt sind.

Was für ein toller Einfall! Sollte er sich unmöglicherweise verwirklichen lassen, so wäre das Ergebnis beiläufig dasselbe wie oben beschrieben: Spaltung bei den Sozialisten, Spaltung beim MRP., Frankreich in zwei Blöcke zerschnitten, der eine de Gaulle ergeben, der andere beherrscht durch die Kommunistische Partei.

Ein einziger Unterschied spielte zum Vorteil der Kommunisten. In ihrem Kampf gegen das RPF ständen ihnen die wirksamen Mittel zur Verfügung, welche die Macht verleiht.

Die Kommunisten wissen sehr gut, daß sie unmittelbar nicht allzuviel zu erhoffen haben, aber wenn sie wieder als Leisetreter erscheinen, wenn sie wieder einmal die Verteidiger der Demokratie spielen wollen, dann werden sie mitten in der Sozialistischen Partei und im MRP die Sammlung der Naiven vorbereiten, um zusammen mit den Unzufriedenen, zuletzt doch de Gaulle zu schlagen.

Die Politik ist aber die Kunst des Möglichen. De Gaulle wird niemals ein guter Politiker sein, weil er ein Theoretiker des Absoluten ist. Es ist falsch, zu sagen, Frankreich habe nur die Wahl zwischen de Gaulle und dem Kommunismus, denn «de Gaulle au Pouvoir» zieht den Kommunismus nach sich.

Frankreich hat die Wahl zwischen der Diktatur und der Demokratie. Zwei Formen der Diktatur widersetzen sich den Verfechtern der Demokratie; aber es ist belanglos, welche von ihnen zuerst siegt: es ist immer der Kommunismus, der ein solches Spiel zuletzt gewinnt.

Die Anhänger der Demokratie sind schwach, schwankend und, zu noch größerem Unheil, untereinander uneins. Sie wagen nicht zu handeln: nicht gegen den Kommunismus, nicht gegen de Gaulle. Sehr oft von strenger Anständigkeit, wie Schuman und Ramadier, wagen sie nicht einmal mehr gegen die Unanständigkeit vorzugehen.

In vier Jahren haben sie beträchtliche Erfolge errungen, aber sie verstanden niemals, sie ins rechte Licht zu setzen.

Das französische Volk lebt relativ besser als seine meisten Nachbarn, aber es glaubt ehrlich, das unglücklichste zu sein und am schlechtesten regiert zu werden.

Die besten Freunde Frankreichs und der Demokratie im Ausland geben Frankreich keine andere Hoffnung als die zumindest vorübergehende Preisgabe der Demokratie.

Wenn aber Frankreich die Demokratie im Stiche läßt, so nur, um in sechs Tagen oder sechs Monaten unter die totalitäre Diktatur des Kommunismus zu fallen.

Selbst wenn Frankreichs gegenwärtigen Leitern Ansehen, Beredsamkeit und Autorität fehlen, so heften sich doch alle Hoffnungen unseres Landes und ganz Europas an ihr Werk.

Die Demokratien der ganzen Welt haben daher die Pflicht, sie zu verstehen und ihnen zu helfen.